

# NÉPSZABADSÁG

**Azoknak ajánlotta a Nobel-békedíjat, akik belehaltak a kolumbiai harcokba**

**Magyar földet szánt a Földes**



## Orbánt nem zavarja a helikopterezés

**LUXEMBOURG** A luxemburgi kormányzat nem fogja megengedni a magyar helikopterezést és a földművelésügyi miniszternek javaslatot tett, hogy az országban nem legyen a Földes helikopteres repülőtér.

**Hétvége 16**

**Nem nekünk!**



# Antreten zum Gebet

Mit der Pressefreiheit in Ungarn geht es steil abwärts. Etliche regierungskritische Medien sind verschwunden. Sie wurden aufgekauft von Orbán-Getreuen, bekamen keine Lizenz mehr oder verhungerten schlicht an mangelnden Werbeeinnahmen. Erwünscht sind nur Lakaien-Medien. Und davon gibt es immer mehr.

von Stephan Ozsváth

„Ich hatte Frühdienst“, erzählt Klára Kovács über jenen 8. Oktober 2016, der ungarische Mediengeschichte schreiben sollte. Klára Kovács ist damals noch Redakteurin der linksliberalen Tageszeitung *Népszabadság* (Volksfreiheit). An diesem Oktober-Morgen versucht sie vergeblich, ihre E-Mails abzurufen und auf die Facebook-Seite ihres Arbeitgebers zu gelangen. Ihr Computer streikt. Kein Zugang. „Ich rief den Onlinechef an“, sagt sie. Der fragt, ob der Bote noch nicht bei ihr gewesen sei. „Was für ein Bote?“ An diesem Morgen hatten Kurierleute den Redakteuren die Beurlaubung und einen Maulkorb nach Hause gebracht. „Ich war wie erstarrt“, erzählt die Journalistin.

Einige Demonstrationen später ist *Népszabadság* ungarische Mediengeschichte. Die Zeitung, die während des Ungarn-Aufstandes 1956 als Organ der Kommunistischen Partei gegründet wurde und sich nach der Wende zur seriösen Tageszeitung gemausert hatte, gibt es nicht mehr. „Es war ein Putsch“, sagt Márton Gergely, im Herbst 2016 noch stellvertretender Chefredakteur. Der Wiener Investor

Heinrich Pecina hatte den Verlag der Zeitung (Mediaworks) an eine Firma des Orbán-Duz-Freundes Lőrinc Mészáros verkauft.

Der einstige Gas-Installateur Mészáros ist inzwischen Bürgermeister seines Heimatortes, dem 1.800-Seelen-Dorf Felcsút, und einer der reichsten Männer Ungarns. Mészáros gilt als Strohmann der Familie Orbán. Staatliche Aufträge haben seine Firmen gemästet. Mittlerweile gehört Mészáros auch das Rechtsaußen-Fernsehen Echo TV. Er wolle „ein gutes, rechts orientiertes Fernsehen machen, das man anschauen kann“, bekannte der frisch gebackene Medienmogul gegenüber einem Reporter des regierungskritischen Onlineportals *444.hu*. Echo TV soll dem Premier auch im Wahlkampf 2018 helfen.

## Ein Mediencoup

Regierungschef Viktor Orbán, der einen „illiberalen Staat“ inmitten der EU schaffen will, beklagte kürzlich in Echo TV eine „Informationsverzerrung“. Die Leute müssten besser unterrichtet werden, was die Regierung wolle. Im Klartext: Es sollen mehr Propaganda-Kanäle geschaffen werden. Dazu gehen seine Getreuen Medien shoppen. Andrew Vajna, der Filmbeauftragte der Regierung, erwarb je einen privaten Fernseh- und Radio-Kanal, Orbáns Hofhistorikerin Mária Schmidt kaufte die renommierte Wirtschaftswochenzeitung *Figyelő*. Auch Anzeigenblätter und den Wer-

bemerkungen dominieren Personen aus dem Umfeld der Regierung.

Der Mediaworks-Deal im vergangenen Herbst war für die Regierung ein gelungener Coup. Sie konnte einen publizistischen Störenfried loswerden und sich zwei Handvoll Regionalzeitungen sichern. „Die Regierung beherrscht den regionalen Zeitungsmarkt jetzt schon“, resümiert Péter Németh. Er war bis Ende Mai Chefredakteur der letzten linken Tageszeitung in Ungarn *Népszava* (Volksstimme). 1877 gegründet, wurde das Blatt zu Zeiten des „Gulasch-Kommunismus“ zum Gewerkschaftsorgan und fristete nach der politischen Wende ein eher kärgliches Dasein. „Wir hatten viele Auf- und Abs“, sagt Németh. Das soll sich ändern. 20 Redakteure der eingestellten *Népszabadság* kamen in die Redaktion. Die wechselte aus einem etwas heruntergekommenen Wohnblock am Rande des Stadtparks in die Zentrale der ungarischen Sozialisten im Budapester Zentrum.

Investoren um den früheren Partei-Schatzmeister László Puch kauften das Blatt. Puch will die alten Leser der *Népszabadság* für die *Népszava* begeistern, sagte er im ungarischen Privatsender ATV. Eine Auflage von 35.000 Exemplaren sollte damit drin sein, hofft er. *Népszava* soll Kriegsgewinnlerin sein; der Vertrieb auf dem Land ist aber schwierig. „Das Medienangebot ist dort etwas einseitig“, sagt Péter Németh. Ein Onlineportal machte sich kürzlich einen Spaß und zeigte

Oktober 2016 in Budapest. Ein Mann zeigt zum Protest die letzte gedruckte Ausgabe der Zeitung *Népszabadság*.

anschaulich die heutige Medienvielfalt in der ungarischen Provinz: Auf allen Titelseiten der Mediaworks-Blätter prangte das identische Orbán-Foto.

### Öffentlich-rechtliche Propaganda

Die elektronischen Medien brachte die Regierung Orbán schon früher unter ihre Kontrolle. Als der Nationalkonservative 2010 mit einem Erdrutschsieg erneut an die Macht kam und die Zweidrittelmehrheit im Parlament eroberte, mussten mehr als 1.000 Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gehen. Auch Klára Kovács, die vor ihrer Zeit bei *Népszabadság* beim staatlichen Fernsehen gearbeitet hat. „Mich hat der Sportchef rausgeschmissen, mit dem ich nie vorher zu tun gehabt hatte“, erzählt sie. Wer bleiben konnte, bekam ein Blatt Papier, wer gehen musste, einen dicken Umschlag mit den Entlassungspapieren. Einer der Entlassenen campiert aus Protest bis heute vor dem Sender-Gebäude in einem Wohnwagen.

Wer blieb, ging zu MTVA. Unter diesem Dach sind heute die öffentlich-rechtlichen Sender zusammengefasst – also gut ein Dutzend Radio- und TV-Programme. Die staatliche Nachrichtenagentur MTI liefert die Nachrichten zu. Die Magyar Távirati Iroda (MTI) hat das Monopol auf die Nachrichten, ein privater Konkurrent hat schon vor Jahren aufgegeben. „Die Nachrichten muss man nicht mal selbst sprechen – lokale Sender in der Provinz übernehmen die eins zu eins“, erklärt András Arató, Besitzer des regierungskritischen Privatsenders Klubrádió. Das Verführerischste an diesem Angebot ist jedoch: Die Nachrichten sind gratis. „So drücken sie den Leuten die Regierungspropaganda in den Kopf“, sagt Arató. Ein Interview mit MTVA kam nicht zustande. Man wolle das Material vor Veröffentlichung sehen, teilte ein Sprecher per Mail mit, und werde nicht „an einem Bericht mitwirken, der die Tendenz hat, dass die Pressefreiheit in Ungarn in Gefahr ist“.

Ein besonders perverses Beispiel von Hofberichterstattung ist die morgendliche Sendung *180 Minuten* im öffentlich-rechtlichen Kossuth-Rádió.



FOTOS (5): STEPHAN OZSVATH

Humor auf Ungarisch. Hier wurden die Titelseiten von regierungstreuen Medien „verziert“.

Regelmäßig tritt dort Premier Orbán zum inszenierten Frage-Antwort-Spiel auf – „Freitagsgebet“ nennen das Spötter. „Der Moderator reißt seine Fragen herunter, auf die sich Orbán vorbereitet hat. Nachfragen gibt es nicht“, erklärt Klára Kovács. Klubrádió-Chef András Arató winkt ab: „Lakaaien-Medien“. Davon gibt es immer mehr in Ungarn.

### Sprachregeln und Tabus

Die inhaltlichen Eingriffe sind massiv. „Wenn die Reporter zurückkamen, waren die Texte schon fertig geschrieben“, erzählt Klára Kovács über ihre Zeit beim staatlichen Fernsehen nach der Machtübernahme Orbáns 2010. Nur noch die sorgfältig ausgewählten Zitate wurden eingefügt. Es gab eine

schwarze Liste für Gesprächspartner und eine Wunschliste, mit „Meinungsforschern und Politologen, die wir besonders bringen sollten“.

Die Vorgaben reichten bis ins kleinste Designdetail einer Nachrichtenmeldung, sagt Kovács. Eine Meldung hatte mit dem Zitat eines Vertreters der Regierungspartei Fidesz zu beginnen und musste auch so enden, weil Anfang und Ende einer Nachricht besonders im Kopf hängen bleiben. Als die Regierung 2012 die neue Verfassung und sich selbst in der Budapester Oper feierte, berichtete das öffentlich-rechtliche Fernsehen nicht über die Proteste Zehntausender Ungarn. „Das kann man schon als Nachrichten-Fälschung bezeichnen“, meint die Journalistin.



Sie kämpfen ums journalistischen Überleben und um die Freiheit der Presse in Ungarn: Investigativjournalist András Pethő, Chefredakteur Péter Németh, Journalistin Klára Kovács und Péter Új, Chefredakteur von *444.hu* (v.l.o.n.r.u.)

Im Studio von Klubrádió hat János Kárpáti mit sonorer Stimme gerade die Nachrichten gesprochen. Er schreibt und liest sie selbst. Bevor er zu dem regierungskritischen Sender kam, hat er bei der Nachrichtenagentur MTI gearbeitet; er war Korrespondent in Prag, Washington und zuletzt in Brüssel. Auch bei MIT gebe es Vorgaben, Sprachregelungen und Tabus, berichtet János. „Einmal habe ich einen Rüffel bekommen, weil ich in einem Bericht über eine EU-Parlamentsdebatte mehr Sozialdemokraten und Liberale als Konservative zitiert habe“, erzählt er. Die Berichte mit Bezug zu Ungarn würden „von speziellen Redakteuren redigiert“, die sich vor der Veröffentlichung noch grünes Licht von „oben“ holten.

Wer auf dem Medienmarkt mitmischen darf, darüber wacht die mächtige Medienbehörde, deren Führungsmannschaft ausnahmslos der Regierungspartei Fidesz angehört. Bereits kurz nach Orbáns Machtantritt 2010 ging die Regierung daran, sie umzubauen. Auch das umstrittene Mediengesetz kam damals, musste aber nach Protest aus Brüssel entschärft werden. Die Medienbehörde ist nicht nur Hüterin über die Inhalte und kann Bußgelder bei schweren Verstößen gegen den Pressekodex verhängen. Sie vergibt auch Sendelizenzen – oder verweigert sie: Klubrádió prozessierte gut vier Jahre lang gegen die staatliche Medienbehörde, die dem Privatsender eine Dauerlizenz zunächst nicht zugestehen wollte. „Sie können sich vorstel-

len, wie viele Werbekunden man hat, wenn man nur eine 60-Tage-Lizenz hat“, sagt Senderchef András Arató. Monatlang konnte der Sender keine Gehälter zahlen. Denn auch die Prozesskosten belasteten das Budget. Vor Gericht war er letztlich erfolgreich. Wenigstens einige Jahre kann sein Privatradio nun dauerhaft senden. Allerdings nur in Budapest. Ein Dutzend Regionalfrequenzen verlor Klubrádió.

Schon 2016 bemängelten die Verfassungsrichter am Beispiel des Regierungsblatts *Magyar Idők*, dass Regierungspropaganda und redaktionelle Inhalte immer weiter verschwimmen. Kampagnen gegen Flüchtlinge, „Brüsseler Bürokraten“ oder Nichtregierungsorganisationen werden gleichsam doppelt abgefeuert – als Anzeige in



FOTO: STEPHAN OZSVATH

Die Redaktion des Onlineportals *444.hu* sitzt in einem alten Mietshaus in Budapest – umgebaut zur Redaktion. Das Portal ist eines der wenigen regierungskritischen Stimmen in Ungarn.

etlichen Zeitungen und ebenso als redaktioneller Bericht. „Das ist auf dem Niveau Nordkoreas“, sagt Péter Új, Chefredakteur des Onlinemagazins *444.hu*.

### Regierungskritik online

Új ist ein Urgestein des kritischen Journalismus in Ungarn. Er fing bei *Népszabadság* an, gründete dann mit anderen das größte Onlineportal *index.hu* und macht jetzt *444.hu*. In einem alten Mietshaus auf der Budaer Seite der Donau ist die Redaktion untergebracht. Zwei Dutzend Redakteure teilen sich eine Vier-Zimmer-Wohnung. Onlineportale wie *444.hu* sind in den vergangenen Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen. „Seien wir froh“, sagt Nachrichtenmann János Kárpáti, „dass es noch Medieninseln gibt, die die Werte hochhalten, die gerade nicht in Mode sind.“ Aber auch im Internet greift die Regierung nach der Macht. Portale wie *vs.hu*, *888.hu* oder *pesti scrákok* (Pester Jungs) sind auf Regierungslinie. „Das ist wie bei Putin“, sagt *444.hu*-Chefredakteur Új. „Wenn wir etwas Neues gründen, ziehen sie nach“. Die Antwort auf *444.*

*hu* war wenig originell *888.hu*. „Das ist wie bei einem Match“, sagt der Journalist, „ein Punkt für sie, einer für uns“.

Wirklich unabhängig sind vor allem Onlineportale wie *444*, *Átlátszó*, und *Direkt 36* die dank Stiftungsgeldern dort wühlen, wo es der Regierung weh tut: bei den Korruptionsskandalen rund um die Regierungspartei Fidesz. Die Investigativ-Teams von *Direkt 36* und *Átlátszó* veröffentlichen ihre Recherchen im Programm von RTL Klub oder auf *444.hu*. Die Investigativ-Portale erfüllen noch am ehesten die Aufgabe eines Wachhundes in der Gesellschaft, aber es bleibt oft beim Bellen. „Es wird zwar hie und da aufgrund von Veröffentlichungen ein Verfahren eingeleitet“, meint *Direkt 36*-Gründer András Pethö, „aber das schläft dann mit der Zeit ein.“

### Regierungskritik online

Überall lauern Hürden: Behördeninformationen müssen oft mühsam eingeklagt werden, immer wieder bekommen Reporter Hausverbot im Parlament. Und wer weiß, wie lange die Medien des Oligarchen Lajos Simicska noch regierungskritisch sind? Ihm

gehören die konservative Tageszeitung *Magyar Nemzet*, das Nachrichtenfernsehen *Hír TV* und seit neuestem auch das reichweitenstarke Portal *index.hu*, das er in eine Stiftung eingebracht hat. Aber was ist, wenn sich Oligarch und Premier wieder vertragen?

„Der Trend ist eindeutig“, meint *444.hu*-Chef Péter Új. „Mit der Pressefreiheit in Ungarn geht es abwärts – und zwar immer schneller“. Im aktuellen Ranking von Reporter ohne Grenzen fiel Ungarn in dieser Frage seit dem Machtantritt Orbáns 2010 um 48 Plätze auf Position 71 zurück – noch hinter Malawi, der Mongolei und den Senegal. ■

*Stephan Ozsváth ist Hörfunk-Korrespondent im ARD-Studio Südosteuropa in Wien.*

**ANZEIGE**